

Haushaltsrede 2018
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Christine Brach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

gern ergreifen wir dieses Jahr wieder die Gelegenheit, eine "Haushaltsrede" zu halten.

Auf die dabei allgemein übliche Kommentierung der Haushaltssituation in Reichshof, flankiert vom Rückblick auf die eigenen politischen Erfolge und die Misserfolge der anderen, möchten wir aber dabei verzichten.

Ganz abgesehen davon, dass uns weder Lobeshymnen noch Klagelieder oder gar Abrechnungen, die - aus unserer Sicht - manchmal leider auch unter die Gürtellinie gehen, für eine vernünftige und sachliche politische Auseinandersetzung sinnvoll erscheinen und darüber hinaus unweigerlich zu Wiederholungen führen:

wir sehen das Kernproblem in der mangelnden Verständlichkeit des gemeindlichen Haushalts - zumindest für finanzwirtschaftliche und kommunalrechtliche Laien oder Halblaien, die wir - bei ehrlichem Selbstbekenntnis - eigentlich alle sind.

Mir ist durchaus bewusst, dass es in Rat und Ausschüssen zahlreiche KollegInnen gibt, die sehr wohl über die eine oder die andere oben genannte Kompetenz verfügen. Aber - Hand aufs Herz - wer von den Gemeinden kennt sich in beiden genannten Fachgebieten ausreichend aus?

Unsere Fraktion hat das jedenfalls nie in dieser Form für sich in Anspruch genommen und sich dazu in der Haushalts-Rede von 2016 auch freimütig bekannt - und schon sind wir bei den oben erwähnten Wiederholungen gelandet.

Daher schnell zurück zu unserem eigentlichen, heutigen Thema:

Wer sich einmal die Mühe gemacht hat, sich mit dem Bundeshaushalt zu befassen, wird - zugegebenermaßen nach einer gewissen Weile - erstaunt festgestellt haben, dass dieser trotz des ungleich größeren Umfangs an vielen Stellen verständlicher wirkt als unser gemeindlicher Haushalt.

Woran liegt's? Hier finden sich Bezeichnungen, die plausibel und eingängig sind und nicht erst in einem Lexikon der Finanzwirtschaft nachgeschlagen werden müssen. Einnahmen und Ausgaben werden (auch) ressort- und damit themenbezogen und in verschiedenen Detailtiefen schriftlich und grafisch verständlich dargestellt.

Das hängt mit der Nutzung eines Konzepts zusammen, welches wir heute vorstellen möchten.

Haushalt und politische Entscheidungen stehen so gut wie immer mittel- oder unmittelbar im Zusammenhang, leider lassen sich aber die damit verbundenen Auswirkungen den

Produktbereichen und Produktgruppen des NKF, also des (nicht mehr ganz) **Neuen Kommunalen Finanzmanagements** nicht gerade leicht zuordnen oder an diesen ablesen.

An die Vorgaben des NKF hat sich die Aufstellung unseres Haushalts natürlich zu halten - aber auch dessen Darstellung?

Um gleich vorwegzunehmen: wir stellen weder Kompetenz, Aufwand noch Engagement der Verwaltungs-MitarbeiterInnen in Frage, deren Pflicht es ist, Jahr für Jahr diese Aufstellung zu machen und die sich dabei ohne Zweifel die größte Mühe geben.

Den Haushalt der Gemeinde Reichshof im o.g. Sinn allgemeinverständlich darzustellen, steht aber auf einem ganz anderen Blatt, und dieses Buch mit dem Titel "**Offener Haushalt**" möchten wir heute aufschlagen.

Zwischenbemerkung: auch der "Offene Haushalt" ist etwas, was bereits in einer unserer Haushaltsreden der vergangenen Jahre erwähnt wurde - in diesem Falle wiederholen wir uns aber gern.

Zur Vorstellung des Konzepts werde ich auf öffentlich zugängliche Begriffserklärungen, Äußerungen und Kommentare zurückgreifen, da diese Sachverhalt und Hintergründe des Themas besser erläutern, als ich es kann.

Es wird also im weiteren Verlauf dazu Textpassagen aus folgenden Hauptquellen geben:

1. haushaltssteuerung.de :
Portal zu öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft

2. kommunalwiki.boell.de
Plattform zum Sammeln und Verbreiten kommunalpolitischen Wissens der Heinrich-Böll-Stiftung

Kapitel 1: Was ist ein "Offener Haushalt"?

Eine ausschließlich an der Struktur des NKF orientierte Darstellung des gemeindlichen Haushalts ist unseres Erachtens nicht geeignet, um den finanzwirtschaftlichen und kommunalrechtlichen Handlungsrahmen unserer Gemeinde so zu vermitteln, dass die Beweggründe vieler politischer und Verwaltungsentscheidungen tatsächlich klar sind.

Das sehen nicht nur wir so. Andere tun das ebenfalls und haben längst die Konsequenz daraus gezogen.

Es ist also höchste Zeit, über die Möglichkeit einer alternativen Haushaltsdarstellung auch hier in Reichshof nachzudenken.

Zur Erläuterung, was überhaupt mit einem "Offenen Haushalt" gemeint ist, zunächst zwei Textpassagen aus den oben genannten Quellen.

1) haushaltssteuerung.de/Lexikon zur öffentlichen Haushalts- und Finanzwirtschaft

"Als offenen Haushalt (auch: Open Budget) bezeichnet man einen übersichtlich und zumeist graphisch visualisierten [Haushalt](#) einer [öffentlichen Gebietskörperschaft](#). Die Darstellung der Haushaltsdaten erfolgt hierbei online auf einer Webpräsenz. Die Webpräsenz erlaubt hierbei einen Detailblick in den Haushalt durch eine einfache Navigation (i.d.R. durch einfaches Durchklicken) und ist frei abrufbar.

Durch offene Haushalte wird [...] transparenter, wofür eine öffentliche Gebietskörperschaft wie viel Geld ausgibt und aus welchen Quellen sie [Einnahmen](#) generiert. Offene Haushalte verstehen sich als Ergänzung zum eigentlichen [Haushaltsplan](#), der häufig mehrere hundert Seiten umfasst und für Laien kaum durchschaubar ist."

2) kommunalwiki.boell.de:

"Ein **Offener Haushalt** ist eine (möglichst) transparente Darstellung von vereinfachten [Haushaltsdaten](#) im Internet. [...] Die Nutzer/innen erhalten die Möglichkeit, die Daten zu durchsuchen und nach eigenen Kriterien zu ordnen, zu vergleichen und zu visualisieren.

Ziele und Grenzen

[...] Zwar sind in Deutschland Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen generell öffentliche Dokumente, doch können Lai/inn/en sie nur selten verstehen und auswerten, da sie zum einen sehr umfangreich und detailliert sind, zum anderen auch eine Vielzahl von Fachbegriffen verwenden und Wissen über [Haushaltssystematik](#) und [Haushaltsrecht](#) voraussetzen."

Kapitel 2 Wo gibt es offene Haushalte?

Darüber gibt der folgende, aus den Informationen der o.g. Quellen zusammengestellte Überblick Aufschluss:

- **der Bund,**
- **die Bundesländer :**
 - Baden-Württemberg
 - Bayern
 - Berlin
 - Brandenburg
 - Mecklenburg-Vorpommern
 - Nordrhein-Westfalen
 - Saarland
 - die Freie Hansestadt Bremen

- **die NRW-Kommunen:**
 - Bochum
 - Bonn
 - Köln
 - Monheim am Rhein
 - Münster
 - Unna
 - Witten

Kapitel 3: Offener Haushalt in unserer Region

Wie aus der obigen Übersicht erkennbar, ist die bergische Region (leider auch) in dieser Beziehung "Diaspora".

Impulse, das zu ändern, hat es schon gegeben - einer davon sei hier genannt:

(Oberberg Aktuell/ Red/01.12.2015-14:28):

"JuLis fordern mehr Haushalts-Transparenz

Oberberg – FDP-Nachwuchs setzt sich für bürgernahe und verständlichere Aufbereitung des Zahlenwerkes ein.

Die oberbergischen JuLis verlangen mehr Haushaltstransparenz der oberbergischen Kommunen und mehr Möglichkeiten für die Bürger, sich über Eckdaten des Etats zu informieren. Wenn es nach dem politischen Nachwuchs der FDP geht, sollen die Zahlen verständlicher dargestellt werden. Deshalb will man nun Anträge dazu in Gummersbach und Radevormwald einbringen.

Über die Plattform www.offenerhaushalt.de erfahre man derzeit schon in einigen NRW-Städten mehr über die Ausgaben für die städtischen Schulen oder das geplante Budget der Wirtschaftsförderung, sodass es auch Jugendliche und Kinder verstehen könnten. Der städtische Haushalt werde dort übersichtlich aufgearbeitet. Problematisch sei die technische Bereitstellung nicht. Die Daten müssten lediglich in maschinenlesbarer Form an die Plattform versendet werden. Lizenzgebühren fielen zudem auch nicht an, da es sich um ein ehrenamtliches Projekt handele. So würden die Bürger in die Lage versetzt, Entscheidungen nachzuvollziehen, so der Vorstand der JuLis Oberberg. „Die Grundlage für eine echte Meinungsbildung der Bürger ist der Zugang zu freien Daten der Verwaltung. Unsere Rathäuser und Behörden sollten gläserner werden, nicht wir Bürger“ so JuLi-Chef und Ratsherr Johannes Diehl."

Gehen wir nun wieder zu unserem Gemeinde-Haushalt zurück:

Es ist also mit Hilfe des "Offenen Haushalts" möglich, bei entsprechender Bereitstellung von Daten aus dem gemeindlichen Haushaltsplan nach individuellen Wünschen und Interessen Ausgaben und Einnahmen für bestimmte Themenbereiche zu filtern oder zusammenzufügen, diese in beliebig wählbaren Zeiträumen in beliebiger Form (die eine kommt mit Listen oder Tabellen, der andere mit Grafiken besser klar) darzustellen oder dazu auch Kennwerte, Kennzahlen und sonstige Indikatoren zu generieren - und zwar für jeden, der das möchte, egal ob BürgerIn oder PolitikerIn oder VerwaltungsmitarbeiterIn, über eine öffentlich verfügbare, mit wenig oder keinen Kosten verbundene Internet-Plattform.

Uns überzeugt dieses Konzept - und Sie?

Wir jedenfalls möchten anregen/beantragen, dass

- die im Rahmen des "Offenen Haushalts" zur Verfügung stehenden Möglichkeiten geprüft werden,
- der bei Einführung eines solchen oder gleichwertigen alternativen Instruments/Konzepts für die Verwaltung entstehende Aufwand abgeschätzt wird,
- ein Gremium von Sachkundigen, Interessierten und Verantwortlichen aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung ins Leben gerufen wird, welches bereit und in der Lage sein sollte, sowohl bei den vorgenannten Aufgaben als auch bei deren Umsetzung mitzuwirken/ zu unterstützen

Darin sehen wir außer der Möglichkeit, Arbeit und Zielsetzung des Arbeitskreises Kennzahlen wieder aufzugreifen, auch die weitere Möglichkeit, sich mit dem seit langem unbemerkt und friedlich vor sich hin schlummernden Leitbild unserer Gemeinde zu beschäftigen.

Trotz des Fokus auf den "Offenen Haushalt" gehe ich noch kurz auf zwei Punkte ein, welche unseren Haushalt ebenso wie unsere politische Arbeit betreffen:

session vs allris: Billiger ist nicht immer besser und manchmal sogar teurer

Eingeschränkte bzw. mangelnde Funktionalität und Nutzbarkeit der unseres Wissens ab 2013 eingeführten software "session" für das Bürger- und Ratsinformations-system der Gemeinde Reichshof haben im Vergleich zur Vorgängerin "allris" zu wiederholten Nachfragen/Beschwerden und daraus resultierender Erfordernis von Beantwortung und Nachbesserungen geführt, so dass wir uns fragen, welchem dadurch entstandenen Aufwand seitens der Verwaltung die durch den Wechsel auf "session" erzielte Einsparung gegenübersteht.

Fördermittelmanagement 2punkt19

Der Ansatz, Fördermittel künftig effektiver zu akquirieren und einzusetzen, ist absolut zu begrüßen - wenn es denn mit angemessener Transparenz und politischer Beteiligung sowie mit ausreichenden personellen und fachlichen Kapazitäten geschieht. Letztere sind - zumindest nach meinen eigenen langjährigen beruflichen Erfahrungen auf diesem Sektor - für Gemeindeverwaltungen unserer Größenordnung angesichts des Umfangs, der unterschiedlichen Formen und der allein schon rechtlich und fachtechnisch gesehen, oft unsinnig hohen Anforderungen für die Antragstellung, angesichts sich ständig ändernder Förderbereiche, -themen und -konditionen und nicht zuletzt angesichts der zeitlich, fristig und finanziell nicht beliebig nutzbaren "Fördertöpfe" in vielen Fällen schlicht und einfach weder vorhaltbar noch leistbar.

Vor diesem Hintergrund vermag externe Begleitung/Beratung durch entsprechende Fachbüros bzw. -berater wertvolle Unterstützung leisten.

Diese ist bei vielen Förderverfahren schon per se notwendig (beispielsweise bei manchen Programmen der Städtebauförderung, der energetischen Gebäude-sanierung oder der Nationalen Klimaschutzinitiative).

Bei manchen Förderverfahren ohne förderrechtlich obligatorische Beratung empfiehlt diese sich dennoch dringend, während sie bei anderen Förderverfahren schlicht und einfach herausgeworfenes Geld ist.

Dieser Umstand berechtigt durchaus, seitens der Politik genauer nachzufragen und ggf. Nachbesserungen zu verlangen - schließlich geht es ja nicht immer nur um "peanuts".

Bevor ich zum Schluss komme, zur Frage, die sich möglicherweise schon viele gestellt haben:

Warum trägt die grüne Fraktionssprecherin eine gelbe Warnweste?

Sicher haben Sie in den vergangenen Tagen in den Medien davon gehört:

In Frankreich gibt es zur Zeit massive Proteste gegen die Regierungspolitik, deren "Markenzeichen" die gelbe Weste ist.

Nun sind wir keinesfalls mit den Ausschreitungen und der Gewalt einverstanden, die in diesem Rahmen von beiden Seiten geschehen ist und leider immer noch geschieht

Nachdenklich stimmt mich dabei allerdings die folgende Kommentierung:

(Quelle:<https://www.bento.de/politik/gilets-jaunes-warum-beteiligen-sich-junge-menschen-in-frankreich-an-den-protesten-und-warum-nicht>)

"Eric ist 26 Jahre alt und arbeitet als Verkäufer in Paris.

Er beteiligt sich jede Woche an den Protesten. "Ich bin Teil der 'Gilets Jaunes', weil ich zu denjenigen gehöre, die Tag für Tag einfach nur überleben und nicht leben. Am Ende des Monats bin ich konsequent im Minus. Ab dem 15. eines Monats habe ich fast kein Geld mehr und weiß nicht, wie ich über die Runden kommen soll. Ich kann weder für meine Partnerin noch für meine Familie sorgen. Nicht einmal für mich oder meinen Hund.

Menschen, die sich an den Protesten beteiligen und auf die Straße gehen, haben offensichtlich das Recht dazu. Wir leben schließlich in einer Demokratie. Ich verstehe nicht, wie es Menschen geben kann, die sich nicht an den Protesten beteiligen und nicht gegen die Ungerechtigkeit vorgehen, die den Ruf dieses Landes schädigen.

Unsere Prioritäten liegen darin, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, den Mindestlohn auf 1300 Euro monatlich anzuheben, die Gehälter der Ministerinnen und Minister zu kürzen, eine niedrige Obdachlosenquote und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Sollte das nicht im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sein?

Für meinen Teil hoffe ich, dass die Protestbewegung friedlich bleibt, die Realität ist leider eine andere. Durch die Ausschreitungen – für die die Regierung verantwortlich ist, weil sie 89.000 Polizistinnen und Polizisten auf die Straße schickt, die bewaffnet gegen die Protestierenden vorgehen – liegt ein Hauch von Revolution in der Luft."

Damit Sie alle mich richtig verstehen:

Ich enthalte mich jeglicher Wertung zu den im Artikel getroffenen Aussagen.

Was mich allerdings betroffen macht: auch wenn die Schilderung der persönlichen Lebensumstände von Eric möglicherweise frei erfunden ist oder nicht ganz der Wahrheit entspricht, treffen die beschriebenen Lebensumstände leider auch bei immer mehr Menschen jeden Alters in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen, im Oberbergischen Kreis und auch bei uns in Reichshof zu.

Das ist ein Umstand, der nicht zwangsweise auf die Straße treiben muss, aber er darf auch nicht ausgeblendet, verdrängt oder verschwiegen werden - schon gar nicht in Haushaltsreden.

Ich persönlich gebe ehrlich zu, dass ich nicht zu denen gehöre, die ihren Unmut über das, was in unserer Gesellschaft, unserer Lebensumwelt bis hin zu unseren Familien nicht stimmt und in unserem Staat, unserem Land, unserer Region, unserer Kommune und - last but not least - auch in unserem Gemeinderat nicht nach demokratischen Spielregeln läuft, gern und häufig über spektakuläre Protestaktionen äußern müssen.

Andererseits bin ich mir darüber im Klaren, dass meist nur der gehört wird, der laut genug brüllt. Genau in diesem Sinn ist das Tragen der gelben Weste heute zu verstehen.

Und nun kommt tatsächlich der Schluss:

Dass wir dem Haushalt in der vorliegenden Form nicht zustimmen können, geht aus dem Gesagten hervor.

Wie üblich an dieser Stelle möchten auch wir uns bedanken, wenn auch ein bisschen alternativ, wie es sich schließlich für uns Grüne gehört:

Unser Dank gilt neben den "üblichen Verdächtigen", also dem Kämmerer Herrn Dresbach und denen, die sich alle Jahre wieder große Mühe mit der Aufstellung des Haushalts geben, auch

- den MitarbeiterInnen der mittleren und unteren Verwaltungsebene, die trotz häufiger politischer Rundum-Schelte ihren Aufgaben gewissenhaft nachkommen
- den Verantwortlichen und MitarbeiterInnen des Bauhofs, die neben ihren Pflichten innerhalb der "normalen" Dienstzeit die in unserer Gemeinde bei winterlichen Verhältnissen recht anspruchsvolle und umfangreiche Aufgabe der Straßenräumung rund um die Uhr und - zumindest meinen wohnörtlichen Erfahrungen nach (die Stellung des Räumschildes ausgenommen;) - äußerst zufriedenstellend wahrnehmen,
- den vielen in unserer freiwilligen Feuerwehr Tätigen, die aufgrund der speziellen Situation (schließlich läuft zusätzlich zu den ohnehin schon vielen Straßenkilometern durch unsere Gemeinde ein längerer Abschnitt der A4) eine besonders (und zunehmend) umfangreiche Aufgabe zu leisten haben
- allen weiteren Menschen in unserer Gemeinde, die in nebenamtlichem, ehrenamtlichem oder freiwilligem Engagement wichtige, oft aber nicht entsprechend gewürdigte/wertgeschätzte Arbeit übernehmen, ohne die ein funktionierendes Gemeinwesen nicht möglich wäre
- den Damen (und Herren?) des Reinigungsdienstes im Rathaus, denen wir den gerade gewischten Boden zu den Sitzungsterminen regelmäßig mit unseren Fußabdrücken verschönern
- dem Hausmeister des Rathauses für die wunderschöne und überaus nützliche Wildblumenwiese, die uns etwas über den weniger klimafreundlichen und nicht schön anzusehenden Böschungs-Kahlschlag am Rathaus hinweggetröstet hat

Beenden möchte ich meine Rede heute mit gleich drei Zitaten beenden (schließlich habe ich in den letzten 3 Jahren gar keine verwendet), die auf eindrucksvolle Weise die nicht nur heute bestehende Kernproblematik jeglicher politischer Arbeit verdeutlichen und gern auch als Appell an die BürgerInnen unserer Gemeinde verstanden werden dürfen.

Ich bitte ausdrücklich darum, die ersten beiden, die eigentlich auch zusammengehören, nicht ganz im wörtlichen Sinn zu nehmen:

Nr.1 stammt von *Kofi Atta Anan*, dem 1938 geborenen, in diesem Jahr verstorbenen afrikanischen Diplomaten, von 1997-2006 Generalsekretär der Vereinten Nationen und Träger des Friedensnobelpreises 2001:

"Alles was das Böse benötigt, um zu triumphieren, ist das Schweigen der Mehrheit."

Nr.2 wird als Basiszitat des ersten gesehen und stammt von *Edmund Burke*, (1729-1797), einem irisch-britischen Politiker, der als geistiger Vater des Konservatismus (!) gilt:

„Für den Triumph des Bösen reicht es, wenn die Guten nichts tun!“

(Dieses Zitat ist bei der benutzten Fundstelle mit den Schlagworten: [Passivität](#), [wegschauen](#), [Ignoranz](#) verlinkt.)

Das Dritte stammt von *Friedrich Hölderlin* (1770 - 1843), einem deutschen Theologen, Dramatiker und Lyriker:

"Was kümmert mich der Schiffbruch der Welt, ich weiß von nichts als meiner seligen Insel."

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und - als letzte reguläre Haushaltsrednerin - außerdem für Ihre Geduld.